

Auf den Spuren
in Presse und Hörfunk

Adenauer in der Nachkriegspublizistik

Hans Maier

Die Spuren der Adenauer-Zeit sowie die Bilder des „Alten“ und seiner Zeit sind im Journalismus, in der Publizistik, in den Druckmedien und im Hörfunk bunter, differenzierter, vielschichtiger als in der zeitgenössischen Literatur. Von einem zentralen Aufstand gegen den „diktatorisch“ regierenden Kanzler, wie ihn einige Autoren erwarten – und fordern! –, ist wenig zu bemerken. Auch der Streit über die Wiederbewaffnung wird vergleichsweise sachlich referiert, die aufklärende, kanalisierende Wirkung parlamentarischer Debatten macht sich bemerkbar – kurz, Presse und Hörfunk kommen in der Darstellung der Bonner Politik ohne bengalische Beleuchtung, ohne apokalyptische Farben aus.

Das hat zunächst mit schlichten handwerklichen Gegebenheiten zu tun. Die damaligen Journalisten, vor allem jene, die für Tageszeitungen schrieben, mussten täglich über Adenauer berichten – und selbst wenn sie seiner Politik kritisch, ja ablehnend gegenüberstanden, so zeigte sich im ständigen Umgang, in der Bonner Tuchfühlung rasch: Der pünktlich agierende, schlagfertige, in der Öffentlichkeit überaus präsente Mann war kein Fanatiker, kein Tyrann, er eignete sich wenig zum Feindbild. Für die Karikaturisten war sein Fuchsgesicht sogar ein Geschenk – und die Anekdotenfreunde schickten sich frühzeitig an, seine Witze in Büchern zu sammeln.

Der Hörfunk, damals eine zentrale Nachrichtenquelle, übertrug nicht nur die Erklärungen Adenauers und seine

schnellen Repliken aus dem Bundestag, er bahnte vor allem dem rheinischen Tonfall den Weg in die Wohnzimmer der Bundesbürger – und damit einer Sprache, die durch ein glückliches Geschick gegen starren Ernst und hämmernden Nachdruck versichert war. Das wirkte in der Situation nach dem Krieg erleichternd und befreiend. Nach dem Maßlos-Missionarischen der Nazijahre, nach Parteitagreden, Sportpalastchören und der unaufhörlichen Beschwörung von Volk und Führer, Kampf und Sieg wirkte diese Sprache mit ihrem leisen Sarkasmus und ihren Doppelbödigkeiten wie eine Aufforderung zum Understatement: Bitte, nehmt nicht alles so todernst und wichtig!

So ergab sich zumindest eine geschäftsmäßige Beziehung zwischen den für den Tag schreibenden Journalisten und Adenauer – auf Nachrichtenebene wie in Leitartikeln, Kommentaren, Glossen, Karikaturen. Der Mann war einfach interessant, er langweilte selten – und manchmal überraschte er sogar durch unvorhergesehene Volten.

Demgegenüber hatte die Opposition es schwer. Wenn Schumacher oder Ollenhauer im Bundestag sprachen, wusste man meist schon vorher, was kam. Eine Karikatur von H. E. Köhler aus dem Jahr 1952 zeigt einen Kurt Schumacher in einem Werbebüro der SPD; sein Kollege Ollenhauer beugt sich mit einem einladenden „Treten Sie bitte näher“ zur Tür hinaus. Aber der vor dem Laden stehende deutsche Michel findet im Schaufenster nur eine einzige Auslage in vielen Exem-

plaren, nämlich das Schild „Nein, nein, nein, nein, nein.“ Und der etwas zweideutige Zusatz „Was Sie hier nicht finden, das finden Sie bestimmt in unserem Laden!“ scheint ihn nicht übermäßig zu reizen.

Diplomatische Beziehungen

Wilhelm Emanuel Süskind, Redakteur der *Süddeutschen Zeitung*, Vater von Patrick Süskind, strenger Spracherzieher für junge Journalisten und Autor des viel gelesenen Buchs *Vom ABC zum Sprachkunstwerk*, hat den Wahlkampf von 1957 wie folgt kommentiert: „Die Opposition offeriert ihr altes, mit den Jahren nicht knuspriger gewordenes Nein. Das ist zu wenig für ein Programm. Und wo es attraktiv wirken könnte, etwa im Widerstand gegen die Wiederbewaffnung und die einseitige NATO-Bindung der Bundesrepublik, da weicht Adenauer geschickt jedem Widerspruch aus. Nichts von Außenpolitik, nichts von Innenpolitik in seinem Programm. Es lautet ganz allgemein: keine Experimente. Das ist meisterhaft. Denn es deutet an: Es bleibt alles beim Alten. Diskret unterstützt von Adenauers wohlvertrautem und von Erhards wohlbehaglichem Porträt auf den Plakaten, muss diese Wahlverheißung den Sinn des Wählers unweigerlich dahin lenken, wo er ohnehin am liebsten verweilt: auf die wirtschaftlich-soziale Wohlstandssphäre – und damit ist die Schlacht schon gewonnen.“

Wohlgermerkt: Hier schreibt ein Mann, der – ebenso wie seine Zeitung – sonst Adenauer eher distanziert und kritisch gegenübersteht – aber *wie* er einlässt, *wie* er formuliert, das zeigt, dass auch ein Blatt wie die *Süddeutsche Zeitung* auf diplomatische Beziehungen zum Alten in Bonn Wert legte – vielleicht weniger im Grundsätzlichen als auf der „Streiflicht“-Ebene. Und Ähnliches dürfte auch für andere Tages- und Wochenzeitungen der Adenauer-Ära gelten: für die *Neue Zei-*

tung, für die *Frankfurter Allgemeine*, für Eugen Gerstenmaiers *Christ und Welt*, für die von Gerd Bucerus gegründete, von Richard Tüngel geleitete, noch vor-Dönhoff'sche, stark nationalbetonte *ZEIT* – und erst recht natürlich für den *Rheinischen Merkur*, der mit Otto B. Roegele und Paul Wilhelm Wenger in den Fünfzigerjahren wohl die engsten Beziehungen zu Adenauer entwickelte und für einige Jahre zum journalistischen Hauptbegleiter seiner Politik wurde.

Publizistische Gegenpositionen gegen Adenauer werden in den Fünfzigerjahren, von Ausnahmen abgesehen, nicht in der Tagespresse formuliert, sondern „weiter oben“ – in Magazinen und Zeitschriften, in publizistischen Neugründungen mit forderndem, erzieherischem Anspruch. Solche Neugründungen gab es unmittelbar nach 1945 eine ganze Anzahl, schon die Namen sind Programm: *Die Wandlung*, *Ende und Anfang*, *Der Ruf*, *Die Besinnung*, *Die Fähre* und andere mehr. Die Währungsreform hatte ihre Zahl reduziert. So erschien zum Beispiel *Die Wandlung* nach 1948 – wie ihr Gründer Dolf Sternberger bekümmert formulierte – nur noch, „um festzustellen, dass sie nicht stattfindet“. Aber einige der stärkeren Schiffe im Geleitzug behaupteten sich, sie wurden in den Fünfzigerjahren meinungsbildend und meinungsprägend – so besonders die *Frankfurter Hefte* und *Der Spiegel*. In ihnen wirkten Publizisten, die sich als Erzieher verstanden, die ein anderes Deutschland, eine neue Gesellschaft wollten: Rudolf Augstein, Eugen Kogon, Walter Dirks. In ihren Kommentaren spielte Adenauer eine zentrale Rolle. Man beachtete den Alten, man rieb sich an ihm, man kam immer wieder auf ihn und seine Politik zurück. Der Patriarch in Bonn war für Augstein, Kogon, Dirks ein Anstoß, eine Herausforderung – streckenweise eine regelrechte Obsession.

Am deutlichsten wird das bei Rudolf Augstein. Unter dem Pseudonym Jens

Daniel ließ er 1953, rechtzeitig zum Wahlkampf, ein Pamphlet „Deutschland – ein Rheinbund?“ erscheinen. Der Autor sieht in der Bundesrepublik „die Fliehkräfte des rheinisch-katholischen Raumes“ am Werk, die sich „eher mit den westlichen Siegern als mit dem unterdrückten, ausgepowerten Osten des Vaterlandes gruppieren“ wollen. „Nichts soll geopfert werden, es sei denn das Land östlich der Elbe auf dem Altar eines imaginären West-Europa, das sich nur mit einem geteilten Deutschland verbinden will.“ Adenauer, „dieser unerbittliche West-Drifter“, gefährdet mit seiner Politik die Weiterexistenz des ungeteilten Deutschland, das doch selbst der Versailler Vertrag nicht infrage gestellt habe. Unbedenklich mobilisiert Augstein, obwohl selbst katholisch getauft, antikatholische Ressentiments: Der Montanpakt, meint er, könne eines Tages als „Ultramontanpakt“ verschrien werden. Der „Rheinländer Adenauer“ und der „elsaß-deutsche Schreibstubengehilfe Schuman“ – Augstein weiß nicht, dass Schuman Lothringer ist – werden diskreditiert, weil sie „in Opposition gegen Preußen-Deutschland“ aufgewachsen sind, so wie De Gasperi „in Opposition gegen Österreich-Deutschland“ aufwuchs. Augsteins Zukunftsvision sieht so aus: Solange Frankreich befürchten muss, dass Deutschland zum Junior-Partner der imperialen Amerikaner vorbestimmt ist, muss es die deutsche Spaltung wollen und den Sowjets die Schwäche Westdeutschlands garantieren. Solange Deutschland selbst von seinen Bundesgenossen geteilt gehalten wird, muss es versuchen, aus diesem unbilligen Bündnis auszubrechen, und sei es unter Assistenz der Sowjets.“

Hans-Peter Schwarz hat in seinen *Anmerkungen zu Adenauer* Augstein mit einem Ausdruck Ernst Jüngers den „Verfolger vom Dienst“ genannt. Für Adenauer war Augstein dies in der Tat. Dabei konnte der *Spiegel*-Chef dem alten Herrn

in Bonn jedoch keine in die Zukunft weisende politische Alternative entgegenstellen. „Unter der Narrenkappe, die er sich gerne überstreift“, schreibt Schwarz, „verbirgt sich nämlich kein Nationalliberaler, wie manche lange glauben, sondern ein Nationalist pur sang, ressentiment-erfüllt, überheblich, anti-französisch ... Mag sein, dass er zwei oder noch mehr Seelen in seiner Brust getragen hat. Aber die Feindschaft gegen Adenauers kalte, allen nationalpolitischen Experimenten abholde Westpolitik ist doch symptomatisch. Mit Augstein meldet sich, wenn gleich schlaue getarnt, nochmals das alte, 1945 überwältigte Deutschland zu Wort, stellt sich ihm entgegen, wird unwirsch beiseite geschoben und rächt sich mit übler Nachrede wegen angeblich versäumter Gelegenheiten.“

Ablehnung mit Ambivalenz

„Verfolger vom Dienst“ – eine solche Rolle konnten die beiden Herausgeber der *Frankfurter Hefte* im Unterschied zu Augstein kaum übernehmen. Gehörte doch der eine von ihnen, Walter Dirks, 1945 zu den Mitgründern der hessischen CDU – und auch Eugen Kogon, der Buchenwaldhäftling und frühe Chronist des SS-Staats, stand in den ersten Nachkriegsjahren der Union nicht fern.

Doch auch hier kam in der Adenauerzeit Streit auf. Die Fronten waren dialektisch verwickelt: Einerseits ging die Zeitschrift zunehmend auf Distanz zu Adenauers Innenpolitik – andererseits unterstützte sie von Anfang an seine Europapolitik. Die Haltung der Zeitschrift zur Wiederbewaffnung schwankte: Während Kogon die innerdeutsche Debatte darüber im Januar 1949 mit einem spektakulären Artikel „Man braucht Deutschland ... Auch deutsche Soldaten?“ eröffnet hatte und Walter Dirks zwei Jahre später bestätigend antwortete mit dem Fazit „Man braucht deutsche Soldaten“ (August 1951), machte sich derselbe Walter Dirks,

wiederum zwei Jahre später, mit einem neuen Leitartikel „Braucht die Welt noch deutsche Soldaten?“ (August 1953) ans Abwiegen: „Eine deutsche ‚Remilitarisierung‘“, schrieb er, „[...] wäre nach wie vor ein Unglück für unser Land – ein schlimmeres, wenn sie zur Nationalarmee führte, immer noch schlimm genug, wenn es notwendig und unvermeidlich bliebe, Deutschland an einer Europa-Armee zu beteiligen.“

Das Schlagwort der „Restauration“ haben vor allem die *Frankfurter Hefte* in Umlauf gebracht. „Der restaurative Charakter der Epoche“ – so überschrieb Dirks einen großen Grundsatz-Artikel im September 1950. Es war ein Rundumschlag, keineswegs auf die Bundesrepublik begrenzt – Dirks sah restaurative Kräfte vor allem in Westeuropa am Werk, „von Athen bis London, von Madrid bis Berlin“ (Skandinavien nahm er aus). Ein Symbol der Zeit war ihm das Goethehaus in Frankfurt, das in dieser Zeit in allen Einzelheiten wiederhergestellt wurde, obwohl es doch nach seiner Meinung niemals mehr das alte Goethehaus sein konnte. In Deutschland machte Dirks restaurative Züge bei den Kommunisten, den Sozialdemokraten, bei Katholiken und Protestanten, bei der FDP, bei der Bürokratie aus – also fast überall. Immerhin meinte er: „Noch immer kämpft und arbeitet in der CDU/CSU christlicher Geist gegen den Geist der Restauration, ebenso wie in der SPD sozialistischer Geist dagegen kämpft, aber in beiden Parteien liegt das Schwergewicht auf der restaurativen Seite.“ Der Name Adenauer ist in Dirks' Aufsatz sorgfältig ausgespart, aber der Hinweis auf den „schwarzweißroten Schimmer“, den die Bonner Koalition mit der Hereinnahme der beiden Rechtsparteien angenommen habe, ist deutlich genug.

Schon früher, zu Beginn der ersten Regierung Adenauer, im März 1950, hatte sich Eugen Kogon unter der Überschrift

„Das Ende der Flitterwochen in Bonn“ an einem Porträt des Alten versucht. Es fiel durchwachsen aus – halb anerkennend, halb widersprechend, mit stillen Vorbehalten und nicht ohne eine gewisse Ratlosigkeit angesichts der in dieser Form nicht erwarteten Wendung der Dinge in Bonn (die *Frankfurter Hefte* hatten sich in ihren Erwartungen eher auf eine Große Koalition von SPD und Union eingestellt): „Viele sagen: Dieser Adenauer mag sein, wie er will, aber er ist, in all dem Durcheinander, eine Figur, ein Mann, eine Autorität, und Schumacher wäre noch schlimmer. Er weiß das, dieser Bundeskanzler, und so treibt er seinen Gegner, wo er kann, immer noch tiefer in eine Opposition, die massenhaft Anhang im Lande hätte, wenn sie klüger wäre als die Politik des Bundeskanzlers [...] Er ist ein großer Taktiker, wenngleich die Hälfte seiner Schlauheit aus den Unklugheiten seiner Gegner stammt und den Fehlern, Schwächen, Müdigkeiten, Unterlassungen, Rücksichtnahmen und der Arbeitsüberlastung seiner Nicht-Freunde [...] Er wird daher an der Macht bleiben. Ein wirklicher Politiker, kein Zweifel, trotz seiner Missgriffe [...] Wohin wird sich die junge westdeutsche Republik unter seiner – wie schwer fällt mir hier das Wort! – christlichen, autoritären Restaurationsregierung entwickeln? Noch gibt es einige Möglichkeiten, dass es anders kommt [...] Wenn die Wendung nicht sehr bald eintritt, wird es zu spät sein. Wir selbst, wir alle müssten mit dem Mann, der sich in diesen Monaten erst wirklich an unsere Spitze arbeiten will, eines Tages sagen, was Kleist gesagt hat (Penthesilea):

Mein Alles hab ich an den Wurf gesetzt;/ Der Würfel der entscheidet, liegt, er liegt;/ Begreifen muss ich's – und dass ich verlor!“

Nun, verloren haben damals – wie Kogon selbst nach einigen Jahren (*Frankfurter Hefte*, Oktober 1953) eingestand – erst einmal die *Frankfurter Hefte*: Mehr als tausend Abonnenten bestellten auf den zi-

tierten Leitartikel hin die Zeitschrift ab, weil ihnen diese Stellungnahme zum Neubeginn der Politik in Bonn zu skeptisch, zu abweisend war. Sie hatten mehr Zuversicht erwartet.

Ein bemerkenswerter Vorgang – zeigt er doch wie in einem Blitzlicht, dass der Einfluss der meinungsbildenden Publizistik der Nachkriegszeit und ihrer Organe in der Ära Adenauer an ihre Grenzen zu stoßen begann. Das hing gewiss auch mit den veränderten Bedingungen des politischen Lebens zusammen. Plötzlich war Politik kein Theoriegospinst mehr, kein Garn für Seminardiskussionen, kein bloßer Entwurf – sie ließ die Konzepte und Visionen hinter sich, sie ereignete sich real auf der Bühne von Parlament, Regierung, Gerichten. Die Zeit des unendlichen Gesprächs über Politik ging zu Ende. Die Politik, die gemacht wurde, lief der gedachten Politik davon.

Und nun: Welches Fazit wäre aus unserem – notwendig knappen und fragmentarischen – Durchgang durch die Literatur und Publizistik der Adenauer-Zeit zu ziehen? Eröffnen die geschilderten Antagonismen etwa ein neues Kapitel im altbekannten deutschen Streit von „Geist und Macht“? Bestätigen sie den in Deutschland so gern geträumten Traum von der Moral als Gegeninstanz der Politik? Oder sind sie eher ein neuer Beweis für jene „tiefe Politiklosigkeit“, die Thomas Mann schon in den Jahren der Weimarer Republik an den deutschen geistesbürgerlichen Überlieferungen beklagte?

Wer sich in die Adenauer-Zeit versetzt, wer in die Quellen einsteigt, der wird zunächst einmal vieles ein Stück tiefer hängen wollen. Es ist kein heroischer Geistesstreit, der sich hier abspielt, eher ein Eifersuchtsdrama zwischen Reflektierenden und Handelnden – und manchmal auch einfach eine Komödie der Irrungen. Für einen tragischen Auftritt mit großem Aplomb und kathartischen Folgen sind die Beteiligten wenig geeignet. Dazu sind

sie viel zu neu und viel zu schwach. Das gilt für die deutsche Politik, die nach der Katastrophe von 1945 – und nach einem längeren Krankheitsurlaub von der Weltgeschichte – erst in den Fünfzigerjahren wieder aktiv wird und Gestalt gewinnt; es gilt aber auch für Literatur und Publizistik, die nach 1945 zunächst im politisch luftleeren Raum agieren, ehe sie in der Adenauer-Zeit, oft unsanft, wieder mit ihrem alten Gegenüber – Staat und Politik – zusammenstoßen.

Erstaunliche Parallelen

Im Abstand vieler Jahre werden neben Unterschieden auch Ähnlichkeiten zwischen den beiden Kontrahenten sichtbar, die man lange übersehen hat. Nachkriegspolitik und Nachkriegsliteratur teilen eine charakteristische Eigenschaft miteinander: Beide sind Produkte der Ernüchterung, beide entbehren des „hohen Tons“. Nicht nur die Gruppe 47 mied diesen Ton – auch Adenauer mied ihn. Mit sparsamer Geste und dürrer Wort gab er die politische Richtung vor. Ästhetisch „in Politik zu schwelgen“ war seine Sache nicht. Er hielt es lieber mit dem nüchternen Geschäftsstil des Juristen. War er damit vom *stilus humilis* der Nachkriegsliteratur so weit entfernt? Man hat sich über die „tausend Worte Adenauers“ ereifert, hat in seinen Reden und Schriftsätzen fantasievolle Beweglichkeit und literarischen Glanz vermisst. Aber wie kann man von der politischen Rede einen üppigen Faltenwurf verlangen, wenn die Literatur selbst Einheitskleidung trägt?

Erstaunliche Parallelen finden sich zwischen der föderalistischen Grundstruktur der Bundesrepublik und der starken Landschaftsgebundenheit der Nachkriegsliteratur. Hier entwickelte sich ein ortsbestimmter Realismus, der streckenweise dokumentarische Züge annahm – so im Ostpreußen von Siegfried Lenz, im Rostock Kempowskis, im Hamburg Nossacks, im Stuttgart von Her-

mann Lenz, im Hegau Walsers – von Grass' Danzig und Bölls Köln nicht zu reden. Vielleicht werden spätere Zeiten – ganz ohne Ironie – die Nachkriegsliteratur der Bundesrepublik auch als einen Neuaufgang der Heimatliteratur empfinden und entsprechend verbuchen. Auch die Renaissance eines Theaters, das naturalistisch Sprechweisen, Stammeln, Verstocktheit, Verstummen einfacher Menschen nachzeichnet, bei Sperr, Kroetz, Fassbinder, deutet in diese Richtung. Damit sollen die Unterschiede, die Konflikte nicht verwischt werden – es soll nur gesagt werden, dass es sich lohnt, bei der Untersuchung von Literatur und Politik der Adenauer-Zeit nicht nur auf die Gegensätzlichkeiten, sondern auch auf die Parallelismen zu achten. Schließlich entstammen beide, Literatur und Politik, derselben Zeit, auch wenn sie sich oft in verschiedene Richtungen entwickelten.

Am 25. September 1963 – also in den letzten Regierungswochen des Kanzlers Adenauer – gab Herbert Wehner dem *Spiegel* ein aufschlussreiches Interview. Auf die Frage, ob die Adenauer-Zeit eine „Epoche der Restauration“ gewesen sei, antwortete er: „Ich halte nichts von dieser Charakterisierung, obwohl sie ja auch bei uns Sozialdemokraten viel verwendet worden ist. Sie entsprang einem gewissen Ohnmachtsgefühl. Sicher ist unter Adenauer vieles restauriert worden, das gebe ich zu, und sogar mehr, als gut war. Doch hat auch eine Sammlung stattgefunden. Nehmen Sie die SPD: Wir sind in dieser Adenauer-Zeit gezwungen worden, uns mit einem innerpolitischen Gegenspieler zu befassen, der nicht in das politische Schema passte, mit dem wir früher zu tun hatten [...] Es hat lange gedauert, bis wir Sozialdemokraten dies durchschaut hatten, und ich bezweifle, dass es heute schon allen völlig klar geworden ist. Da war eine Sammlung auf der anderen

Seite; die wesentlichen Kräfte außerhalb der SPD hat man in dieser Zeit konzentriert, und das hat denn auch zu einer Sammlung der Sozialdemokraten geführt, und zwar im Hinblick auf ihre politischen Vorstellungen.“

Ein Gegenspieler, der nicht in das frühere politische Schema passte – das war Adenauer in der Tat. Er kam sozusagen unangemeldet in die Nachkriegspolitik. Er störte die erwarteten Abläufe. Er war nicht vorgesehen. Da er aber erfolgreich war, zwang er die anderen, auf ihn zu reagieren. Das Ergebnis war schließlich – Wehner deutet es an – die „Neuaufstellung“ der SPD nach dem strategischen Reformplan des Godesberger Programms. Die Union als neue Volkspartei, als Nova am Parteienhimmel löste Wirkungen aus, welche die alte SPD so umgestalteten, dass aus ihr eine zweite Volkspartei entstand – zumindest tendenziell. Wehner sah hier weiter als andere – während Augstein, Kogon, Dirks bei ihren alten Positionen verharrten. Er hatte für seine Partei bereits die neuen Wege zur Macht im Auge, während sich die Wortführer der öffentlichen Meinung mit unfruchtbaren Klagen über einen „Rheinbund“, eine drohende Restauration begnügten. Das bestätigt ein altes Gesetz: Die Literatur, die Publizistik darf betrachten, fühlen und mitfühlen, klagen, die Vergangenheit beschwören – sie darf sogar im Zweifel ihre eigene Ohnmacht feiern. Der Politik dagegen ist dieser Rückzug in die Selbstbetrachtung, in den eigenen Schmerz verwehrt, sie muss Alternativen entwickeln und handeln – das gilt für die Adenauer-Zeit wie auch für spätere Zeiten.

Unter dem Titel „Adenauer in der Nachkriegsliteratur“ erschien der erste Teil dieses Beitrages in der Januar-Ausgabe der Politischen Meinung. Die ausführliche Fassung wird in den Schriften der Stiftung Bundeskanzler-Adenauer-Haus erscheinen.